

Trotz Wirtschaftskrise geht der Trend hin zur Gelassenheit

Königstein Professor Lengfeld: Globalisierung ist eine gute Sache, aber nicht für jeden

Die Wirtschaft brummt, aber zu welchem Preis? Der Soziologe Professor Dr. Holger Lengfeld betrachtete Aspekte wie die Globalisierung, Abstiegsängste und Rechtspopulismus beim Königsteiner Forum aus strikt wissenschaftlicher Sicht – und sorgte damit für Erhellendes.

VON DAVID SCHAHINIAN

Manche Soziologen folgen dem Gebot des „Alles-Schlimmerismus“ und verstehen es meisterhaft, einfache Sachverhalte in komplizierte Wörter zu kleiden. Professor Dr. Holger Lengfeld vom Institut für Soziologie an der Universität Leipzig gehört nicht zu ihnen. Mit der ironischen Schau auf die eigene

Zunft hatte er das Eis beim Königsteiner Forum in der Volksbank schnell gebrochen. Er sprach über die Arbeit im flexiblen Kapitalismus – und die Frage, ob sie Quelle von Abstiegsängsten und politischem Rechtspopulismus ist.

„Die Globalisierung hat die Einkommensverteilung in der Welt gleicher gemacht“, erklärte Lengfeld. Sie erhöhte den Wohlstand in sich entwickelnden Ländern jedoch stärker als in reichen. Das liegt unter anderem daran, dass die Märkte in letzteren durch den größeren Wettbewerb unter Druck gerieten. Als Beispiel führte Lengfeld die Produktion von Fernsehern an, auf dem Markt ist mittlerweile kaum ein deutscher Hersteller mehr übriggeblieben. Kurz gesagt:

„Globalisierung ist eine gute Sache, aber nicht für jeden.“

In den meisten OECD-Ländern ist die Einkommensungleichheit unterdessen angestiegen. Etwa von 1998 an ist der Effekt deutlich zu erkennen: Die Menschen mit den geringsten Qualifikationen können als Verlierer der Globalisierung bezeichnet werden. Sie führten gemeinhin einfache Tätigkeiten wie etwa repetitive Fließbandarbeiten aus, die nun immer seltener gebraucht wurden. Die Einkommenselite, die Hochqualifizierten, hat am meisten gewonnen. Lengfeld: „Die Schere ging auseinander.“

Haben die skizzierten Entwicklungen Auswirkungen auf etwaige Abstiegsängste in der Bevölkerung? Zumal flexible Arbeitsformen, be-

fristete Verträge und unfreiwillige Teilzeit zugenommen haben? Ja und nein. Anhand verschiedener Berufsgruppen zeigte der Soziologe auf, dass diese Sorgen zwischen 1992 und 2006, als die Globalisierung Fahrt aufnahm, anstiegen, dann aber zu sinken begannen – trotz der Wirtschaftskrise 2008.

Weniger Sorgen

Mittlerweile liegt das Niveau deutlich niedriger als zu Beginn der 90er-Jahre. Seit rund zwölf Jahren gebe es „eine Entwicklung zur mentalen Entspannung“. Der gleichzeitige Rückgang der Arbeitslosenquote kann nur teilweise als Begründung für diesen Effekt herangezogen werden. Woran es noch liegt, sei nicht genau zu erklären.

Damit schlug der Referent den Bogen zu der Frage, ob Abstiegsängste der AfD Wähler in die Arme treiben. Auch hier gibt es keine einfachen Antworten. Lobenswert, dass sich Lengfeld ihnen auch bei Nachfragen freundlich, aber standhaft verweigerte und damit den wissenschaftlichen Diskurs als Erkenntnisgewinn ehrte. Die Partei habe ihr Profil mehrfach geändert, fuhr er fort. Aus Forschersicht sei sie wie ein Aal: „Versuchen Sie ihn zu fassen, glitscht er Ihnen weg.“

Der Soziologie-Professor zitierte Studien, die Tendenzen ausmachten, dass Menschen mit niedrigem sozialem Status eher AfD wählen. Und weitere; die dafür keine klaren Belege fanden. Stutzig machte etwas anderes: Wer das Wahlpro-

gramm der AfD gelesen habe, müsse feststellen, dass dem sprichwörtlichen „kleinen Mann“ viele Inhalte ganz und gar nicht gefallen würden. Warum sollte er die Partei trotzdem wählen? „Es geht um eine kulturelle Spaltung der Gesellschaft“, so Lengfeld. Zwischen jenen, die ein offenes Gemeinwesen für erstrebenswert halten, und jenen, die möglichst keine Zuwanderung möchten. Die Flüchtlingskrise wirkte als Verstärker – unabhängig vom sozialen Status: „Diese Personengruppe hat keine Partei gefunden, die ihrer Meinung nach ihre Position vertreten hat.“ Die Stärke der AfD habe damit eher keinen wirtschaftlichen Bezug, Abstiegsängste keinen Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien.